

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei halbjährlicher Bestellung 10,- RM. Bei vierteljährlicher Bestellung 5,- RM. Bei wöchentlichem Bezugspreis 1,- RM. Die Postämter, die den Wilsdruffer Tageblatt abgeben, sind verpflichtet, den Abnehmern zu jedem Zeitpunkte die Abrechnung zu stellen. Die Abrechnung erfolgt durch den Postamt. Die Abrechnung erfolgt durch den Postamt. Die Abrechnung erfolgt durch den Postamt.

Abgabe des Wilsdruffer Tageblattes an den Abnehmer erfolgt durch den Postamt. Die Abrechnung erfolgt durch den Postamt. Die Abrechnung erfolgt durch den Postamt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 55 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod: Dresden 2640 Sonnabend, den 5. März 1932

Schiffe überall.

Organisierter oder unorganisierter Krieg — Aufmarsch im Südosten — Der Kampf um die eigene Bestimmung.

Fast schien es, als ob zu rechter Zeit in und um Shanghai die ersten Töne des Signals „Das Ganze halt!“ hörbar werden und damit den nun auch als solchen anerkannten „Heimeligkeiten“ zwischen Japanern und Chinesen ein Ende gemacht werden würde. Zu rechter Zeit — für den Völkerverbund selbst, der in geradezu furchtbarem Verlegenheit zusammentrat, um dann allerdings aufatmend zu vernehmen, daß man in Genf doch vielleicht mit einem blauen Auge davonkommen werde. Im Völkerverbund, nicht etwa China vor Shanghai oder gar in der Mandschurei! Die Vorstöße der Japaner gegen China gingen auf beide Augen dieses aus eigener Schuld schwach gewordenen Meeresreiches, das nun seit langen Jahren vom Bürgerkrieg zerrissen wird. Da ist es übrigens nicht ganz uninteressant, daß Japan von China behauptete, dieses von Revolutionen durchtobte Land gehöre gar nicht zu den „organisierten“ Völkern, von denen die Einleitung des Völkerverbundes als den Mitgliedern dieses „Bundes der Nationen“ spricht; also sei der japanische Vorstoß in ein sozusagen „herrenloses“ Land erfolgt, das weder eine einheitlich anerkannte Regierung noch eine tatsächlich arbeitende Verwaltung besitze. So etwas kann ja gegebenenfalls Schule machen! Und kann jeden wehrkräftigen Nachbarn eines dem Bürgerkrieg verfallenden Landes dazu veranlassen, mit einer derartigen „Begründung“ sich eines ordentlichen Stückes dieses Landes mit Waffengewalt zu bemächtigen. Natürlich nur „zwecks Wahrnehmung wirtschaftlicher Lebensnotwendigkeiten“. Man kann da z. B. auch reden von einer „notwendigen Verbreiterung des Zugangs zum Meer“ oder sonst eine Ausrede wählen, die passend zu formulieren gewiszen Völkerverbündelungen kaum schwerfallen kann. Und wenn auch das nicht hilft, dann bleibt als letzte Zuständigkeitsinstanz immer noch die Überweisung des zur vollendeten Tatsache gewordenen „Streitfalles“ an eine Völkerverbündelkommission oder an das Haager Internationale Schiedsgericht. Diesen Weg — wir Deutschen kennen ihn und seinen Ausgang vom Überfall Litauens auf das Memelland her — dürfte denn wohl auch endlich einmal der japanisch-chinesische „Konflikt“ gehen, oder, wenn man es vulgär ausdrücken will: „geschoben“ werden. Schon aber begannen die Völkerverbündelungen unter dem Präsidium des französischen Paul-Boncour frühlich mit den Steinen zu spielen, die ihnen allen vom Herzen fielen, als sie von den Versuchen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes vernahm. Und sie achteten dabei gar nicht auf die erstaunliche rednerische „Entgleisung“ ihres Präsidiums, der die Schiffe von Serajewo, also die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand, als den „Beginn des Weltkrieges“ bezeichnete. Damit fiel er doch eigentlich recht hörbar aus der Rolle, die ihm, allen Franzosen und sämtlichen Angehörigen der Entente-Staaten vorschreibt, den Beginn des Weltkrieges von dem „heimtückischen Überfall Deutschlands und Österreichs auf die gesamte zivilisierte Welt“ ab zu datieren!

Mit den Schiffen von Serajewo begann ja auch tatsächlich der Weltkrieg, begann auch das Schicksal seinen Lauf zu nehmen, das „den Balkan“ bis tief nach Mitteleuropa hinein vorgeschoben hat. Das gerade, die Schaffung einer ganzen Reihe neuer und die Vergrößerung bestehender Balkanstaaten, trägt aber die Schuld an der furchtbaren handelspolitischen Zerrüttung des europäischen Ostens und Südostens. Wenn das Habsburger-Reich nicht bestände, mühte man es erfinden,“ hat einmal lange vor dem Kriege niemand anders als Wienard gesagt. Jetzt erfindet man statt dieses zerrümmerten Reiches die Donaukonföderation. Man hatte eben mehr zerrümmert als nur eine Monarchie. Man erschuf erst und zerrümmerte dann fünf Jahre später — genau am gleichen 28. Juni — die natürliche, politische und wirtschaftliche, die „gewachsene“ Ordnung der europäischen Mitte und des Südostens. Und versucht nun das Unnatürliche durch ein ebenso unnatürliches Flickwerk am Bestand zu erhalten. Auch dafür fehlt nicht die völkerverbündelnde „Begründung“, die all die letzten Folgen von Serajewo, also die Friedensdiktate, als „heilig und unabänderlich“ erklären will. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf hat ja Tardieu diese Art von Begründung den Deutschen entgegengehalten, als von uns eine Gleichberechtigung auch für unsere Sicherheit gefordert wurde. Für uns haben eben nur und ganz allein die gegen uns gerichteten Entwaffnungsdiktate zu gelten! Und dafür soll von anderer Seite her auch der Versuch dienen, im Südosten Europas die Nutznießer der „Vorortsdiktate“ von 1919 zusammen mit dem damals und jetzt noch herabruhen und zerschlagenen Österreich, Ungarn und Bulgarien zu bauen in jener Mauer zu machen, die unser, das deutsche, Gefängnis umschließt. Sofort hat Deutschland versucht, zu einer unmittelbaren Unterstützung des nur noch zögernden Österreichs zu schreiten durch den einfachen Vorschlag, der österreichischen Ausfuhr mittels Zoll-

Französischer Kuhhandel.

Frankreich an der Donau.

An Deutschlands Südgrenze hat das Versailles-Diktat den politischen Ball ausgerollt. Im Süden und Südosten sucht Frankreich weiter Deutschland einzuflechten durch Schaffung einer Donaukonföderation, d. h. eines Bundes der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Ungarns, Rumänien und Bulgariens, dem auch nach Frankreichs Wunsch Österreich beitreten soll. Geht es, Österreich für diesen Plan, der wirtschaftlich ausgezogen ist, aber im Innern einen Ausfluß rein politischer französischer Machtpolitik darstellt, natürlich mit Hilfe französischer Geldes zu fördern, so wäre, so schließt Tardieu, die Lücke im südöstlichen Ball gegen Deutschland geschlossen. An einem solchen Zusammenschluß der Donauländer ist aber als Nachbar Italien stark interessiert und darum muß Frankreichs Bestreben dahin gehen, Mussolini für diesen Plan zu gewinnen. Da für Frankreich Politik gleich Geschäft und Geschäft gleich Politik ist, so sucht es im Wege des: „Das gebe ich dir! Was gibst du mir?“, d. h. im Wege des „Kuhhandels“, Italiens Zustimmung auszubandeln. Da es immer großzügig ist, wenn die Grobmut auf Kosten anderer geht, so hat es ihm gleich ganz Kamerun angeboten, hoffend, es durch Interessen auf kolonialen Gebiet von seinen europäischen Belangen abzugeben.

Gefährliche „Idee eines Planes“.

Österreich zwischen Deutschland und Frankreich. Die gute Aufnahme, die die deutschen Hilfsvorschlüsse an die Wiener Regierung in der österreichischen Öffentlichkeit gefunden haben, ist in Berlin mit Befriedigung vermerkt worden. In unrichtigen Berliner Kreisen wird im Gegenjag zu dem sehr unbestimmten gehaltenen Donau-Konföderationsplan des französischen Ministerpräsidenten auf die praktische Verwendbarkeit der deutschen Vorschläge hingewiesen, die für Österreich wirkliche Hilfe bedeuteten. Es ist hier allgemein aufgefallen, daß die Pläne Tardieus beispielsweise in Ungarn durchweg auf Ablehnung gestoßen, oder doch zum mindesten sehr kühl aufgenommen worden sind. Der Widerhall in der ungarischen Presse kennzeichnet die französischen Pläne bereits ganz richtig dahin, daß angesichts der unendlich großen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, praktische Ergebnisse nicht zu erwarten sein dürften. Nach Berliner Auffassung sieht der Tardieu-Plan nur eine Vereinbarung für die notleidenden Südoststaaten ohne Rücksicht auf die anderen Staaten vor, ganz abgesehen davon, daß auch der vorliegende Plan nicht einmal erkennen läßt, was die französische Regierung eigentlich genau will.



abbau in allen Nachbarstaaten schlenkigt auf die Strümpfe zu helfen.

Man muß als Deutscher — mitten im Präsidentenwahlkampf — eben bisweilen einen Blick über jene Mauer hinwegwerfen auf die Dinge dort draußen! An ihnen viel zu ändern verhindert uns unsere Wehrlosigkeit. Daß darum und trotzdem der Wahlkampf sich nicht weniger erbittert abspielt, daß die Innenpolitik zurzeit ganz das „Primat“ über die Außenpolitik besitzt und in den nächsten Wochen bestehen wird, ist für Deutschland und das deutsche Volk selbstverständlich. Und ist auch aus dem Willen heraus zu verstehen, nach eigener Bestimmung in dem uns noch gelassenen Raum zu leben. Das kann uns auch — kein Völkerverbund verwehren oder irgendein anderes Volk. Denn wir haben es seit den Schiffen von Serajewo, haben es trotz Völkerverbund oder gerade wegen dieser Institution gelernt, daß wir draußen, jenseits der Mauer, doch keinen wahrhaft ungeliebten Freund besitzen, sondern uns unser Dasein recht und schlecht nur mit eigener Kraft täglich von neuem erkämpfen müssen.

Es steht nunmehr einwandfrei fest, daß die deutsche Regierung von dem Donau-Konföderationsplan Tardieus

amtlich nicht unterrichtet worden ist. An zuständiger Stelle wird jedoch betont, daß man von einem fertigen französischen Plan zurzeit nicht sprechen könne; es handele sich zunächst offenbar lediglich um die „Idee eines Planes“. Daß sich Frankreich mit derartigen Plänen beschäftigt, sei in Genf schon seit geraumer Zeit bekanntgeworden, obwohl über den Inhalt dieser Pläne bislang nichts bekanntgeworden sei.

Frankreich will Kamerun verschachern.

Tardieu hat der italienischen Regierung kürzlich Vorschläge für eine Vereinigung sämtlicher zwischen Italien und Frankreich seit Jahren schwebenden politischen und wirtschaftspolitischen Fragen gemacht, den Italienern Kamerun angeboten, und auch auf wirtschaftlichem Gebiet große Vorteile versprochen. Auf dieses Angebot, das seit dem Kriegsende nach Umfang und Bedeutung einzig dasteht, habe jedoch, so verlautet jetzt, Italien nicht geantwortet. Man frage sich, aus welchem Grunde Italien bisher in keiner Weise auf die französischen Angebote geantwortet habe, und ob nicht die französischen Vorschläge in Rom lediglich als ein taktisches Manöver aufgefahrt worden seien, um zu erfahren, ob Italien anderweitig außenpolitisch gebunden sei. Man könne jedoch annehmen, daß Italiens kühle Haltung gegenüber den französischen Angeboten durch andere Gründe bestimmt sei. Italien könne es nicht gestatten, die französischen Angebote als tatsächlichen Ausgleich der grundsätzlichen italienischen Forderungen gelten zu lassen, da noch immer das im Londoner Paß von 1915 gegebene Versprechen unerfüllt sei, wonach im Falle eines siegreichen Ausgangs des Weltkrieges Kolonialgebiete in Afrika für Italien freigemacht würden.

Deutsch-französische Verhandlungen in Genf.

Sicherheit und Gleichberechtigung. Zwischen der deutschen und der französischen Abordnung fand eine Fühlungnahme über die Fragen der französischen „Sicherheit“ und der deutschen Gleichberechtigung statt. Wie verlautet, soll jetzt ein Vermittlungsvorschlag dahingehend aufgetaucht sein, daß eine direkte Verständigung zwischen der deutschen und französischen Abordnung über die Frage herbeigeführt wird, in welcher Weise die Sicherheits- und Gleichberechtigungsfrage in den sachlichen Beratungen zur Erörterung gelangt.

Aufrüsten darf nur Frankreich!

Tardieu verbietet jeder anderen Nation die Aufrüstung. Ministerpräsident Tardieu äußerte sich vor dem auswärtigen Ausschuss der Kammer über die außenpolitische Lage. Er erklärte, Frankreich könne keine Aufrüstungseinschränkung ohne die Organisation des Friedens. Es werde weder einer allgemeinen Aufrüstung zustimmen noch einen Ausgleich der sichtbaren Bewaffnung annehmen, die geradezu eine Prämie auf den Vertrag sowohl hinsichtlich der Anzahl wie des „Ariegspotentials“ darstellen würde. Auf eine Frage des Abgeordneten Bergerie erklärte der Ministerpräsident, daß niemals, ganz gleich unter welchen Umständen oder Vorwänden, von der Wiederaufrüstung irgendeines Landes die Rede sein könne.

In Genf nur Aussprache.

Der japanisch-chinesische Konflikt. Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerverbundes für die Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes trat wieder zusammen. Der Vorsitzende, der belgische Außenminister Hymans, teilte mit, daß die widerprechenden Nachrichten über die Einstellung der Feindseligkeiten im Gebiet von Shanghai einen außerordentlich peinlichen Eindruck hervorgerufen hätten. Der japanische Vorgesandter Sato erklärte, daß auf Befehl des japanischen Truppenkommandos grundsätzlich die Feindseligkeiten eingestellt seien, jedoch infolge chinesischer Angriffe einige Vorpostengefechte stattgefunden hätten, die ohne erhebliche Bedeutung seien. Der chinesische Gesandte Yen trat den Ausführungen des japanischen Vorgesandters scharf entgegen und erklärte, daß das chinesische Truppenkommando die vollständige Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet habe. Er schlug vor, daß die vier neutralen Admirale an Ort und Stelle sofort eine Untersuchung zur Feststellung der Lage einleiten. Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens